



## **im Bezirkstag Pfalz**

DIE LINKE im Bezirkstag Am Immenborn 6 66954 Pirmasens

**Am Immenborn 6  
66954 Pirmasens**

**Telefon: 06331/227214**

**Mobil: 0159 01038312**

**Mail: [brigitte@freihold-windsberg.de](mailto:brigitte@freihold-windsberg.de)**

## **Rede zum Positionspapier Naturpark Pfälzerwald**

**Sitzung des Bezirkstages am 19. Juni 2015**

**Brigitte Freihold, DIE LINKE**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Wieder,

sehr geehrte Damen und Herren,

das vorliegende Positionspapier reißt zweifellos wichtige Themen an. Recht deutliche Worte fallen im Zusammenhang mit der personellen und finanziellen Minderausstattung durch das Land.

Doch schon die Formulierung „erhofft sich der Bezirksverband wesentliche Verbesserungen“ steht im krassen Kontrast zu den einleitend dargelegten hohen Zielen.

Da ist die Rede von Leitvisionen für die nächsten 10 Jahre, von einer Entwicklung des Biosphärenreservates zu einer ökologischen Modellregion, doch die Umsetzung des höchst anspruchsvollen Aufgabenkomplexes scheitert meiner Ansicht nach schon an den Rahmenbedingungen. Deswegen sollte nicht gehofft, sondern gefordert werden, dem Beispiel des MAB Nationalkomitees folgend: Es muss nicht nur eine Offensive des Landes geben, sondern auch eine Offensive des Bezirksverbandes gegenüber dem Land Rheinland-Pfalz!

Denn wollte man den in der Landesverordnung ausgewiesenen Schutzzweck des Naturparks Pfälzerwald nur in einigen Punkten vollkommen ernst nehmen, wären weitaus umfangreichere und aufwendigere Schritte notwendig. Würde man nur einen der in § 4 genannten Schutzzwecke tatsächlich konkret umsetzen wollen, wäre vor allem ein Vielfaches der bereit gestellten Finanzmittel notwendig. Ich weiß nicht, welche Vorstellungen die Landesregierung bzw. der Bezirksverband beispielsweise mit der Aussage der Landesverordnung verknüpft, besonderer Schutzzweck sei die „Vielfalt an Lebensräumen, Tieren und Pflanzen auf Dauer zu schützen.“ So wie die Verordnung in diesem Punkt formuliert ist, ist dies ein universeller und in keinerlei

Hinsicht relativierter Schutzauftrag, dessen Koordinierung und Durchführung dem Bezirksverband in § 6 übertragen wurde. Dieser universelle Schutzzweck ist natürlich richtig, notwendig und erstrebenswert. Doch wer sollte und könnte diese universellen Schutzmaßnahmen von welchem Geld bezahlen? Und damit kommen wir zum politischen Kern der Sache: Wohlfeile Absichtserklärungen sind das Eine, die praktische Umsetzung das andere. Die im Doppelhaushalt 2014/15 des Landes veranschlagten rund 15 Millionen Euro für zentrale Naturschutzmaßnahmen sind angesichts der überwältigenden Vielzahl von notwendigen Naturschutzmaßnahmen einfach nur lächerlich gering.

Wie heißt es so schön in der Schlussbemerkung des Positionspapiers: „Was wir im Biosphärenreservat investieren, trägt vielgestaltige Früchte.“ Aus diesem Grund sollte die Forderung nach einem eigenen Haushaltstitel im rheinland-pfälzischen Landeshaushalt mit größtem Nachdruck gestellt werden.

Sehr geehrter Herr Wieder,

sehr geehrte Damen und Herren,

von der Realisierung dieser Forderung sind wir allerdings angesichts der Schuldsituation im Land und der verschärfenden Wirkung der Schuldenbremse weit entfernt, weshalb ich die Voraussage wagen möchte, dass der Etat des Landes für Natur- und Umweltschutzmaßnahmen weiter reduziert statt erhöht werden wird.

Von einer Finanzausstattung wie z.B. in Frankreich können wir leider nur träumen.

Worüber reden wir also wirklich? Wir reden über die Ausgestaltung einer Aufgabe, die unter den gegebenen Voraussetzungen und mit den darin formulierten Ansprüchen nahezu unlösbar ist, weil sie an der Finanzierung scheitert. Man könnte in dem Zusammenhang auch von politischer Augenwischerei sprechen! Man macht den Menschen vor, für eine ökologisch nachhaltige Entwicklung einzutreten, Natur und Umwelt schützen zu wollen und damit zum Erhalt unserer natürlichen Lebensbedingungen beizutragen.

Unter dieser Prämisse will ich einige der genannten Aufgabenstellungen im Positionspapier exemplarisch beleuchten.

### **Aufgabenstellung Hüttenwesen:**

Beim Thema **Hüttenwesen** muss ganz deutlich gesagt werden: Nicht der gesetzliche Mindestlohn ist das Hauptproblem. (Dieser hatte bereits vor dem „Mindestlohngipfel“ zu viele Ausnahmen und ist löcherig wie ein Schweizerkäse. Nun kommen die Ausnahmen bei der Entlohnung der Beschäftigten im Hüttenwesen dazu. ) Medial lenkte dieses Thema von den eigentlichen Problemen des Hüttenwesens ab. Dort hat sich in Jahrzehnten ein noch nicht bezifferter Sanierungsstau auch ohne Mindestlohnkosten aufgetürmt, der erst einmal genau festzustellen und zu benennen wäre.

Deshalb, sehr geehrter Herr Vorsitzender: Streichen Sie die Passage zum Mindestlohn. Massiv gefährdet ist der Betrieb der Hütten nicht durch den gesetzlichen Mindestlohn, sondern dadurch, dass es kein durchfinanziertes

Sanierungskonzept gibt und sich jahrelang niemand um die Probleme der Trägervereine gekümmert hat.

Sehr geehrte Damen und Herren,

### **Aufgabenstellung Erweiterung der Kernzonen:**

Realitätsfern ist die Aussage, man möge der Erweiterung der Kernzonen auf 3 Prozent „zeitnah“ nachkommen. Diese Forderung wird seit 2004 erhoben, nicht nur vom MAB, sondern auch von den Naturschutzverbänden. Seither wird fleißig evaluiert. Der Pfälzerwald, meine sehr geehrten Damen und Herren, braucht aber für die Bewahrung seiner einzigartigen Beschaffenheit keine jahrzehntelange Evaluation, sondern klare gesetzliche Vorgaben, die tatsächlich zeitnahes Handeln ermöglichen.

### **Aufgabenstellung Offenhaltung**

Das eingangs beschriebene grundsätzliche Finanzierungsproblem wird besonders offensichtlich bei der Offenhaltung von Brachflächen und der Pflege von Biotopen. Für einige wenige Projekte wurde die Hälfte des Gesamtetats, 110000 €, also 110€ pro Quadratmeter, aufgebraucht. Im Positionspapier beträgt die geforderte Summe 150 Euro pro Hektar Naturpark. Auch hier wird überdeutlich: Das Projekt Naturpark krankt an der mangelnden Finanzierung.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Wieder,

auch zu den weiteren „Aufgabenstellungen“ im Positionspapier könnte ich mit kritischen Anmerkungen fortfahren.

Doch wichtiger erscheint mir der Hinweis auf die Unvollständigkeit der Aufgabenstellungen.

Wieso wird z.B. die zunehmende Fragmentierung durch den besonders in der Westpfalz forcierten B10-Ausbau nicht thematisiert?

Wieso wird, wenn die Gewinnung von regenerativer Energie durch Windkraftanlagen im Biosphärenreservat nun gekancelt ist, diesem Punkt eine halbe Seite im Positionspapier gewidmet? Nur um darzulegen, dass Frau Dr. Paulus vom MAB-Nationalkomitee durch ihre Äußerungen eine Änderungen in der Landesgesetzgebung herbeiführen könnte? Und die nachhaltige Nutzung anderer erneuerbarer Energien wird mit keiner Silbe erwähnt? Gerade hier könnte der MAB-Leitgedanke in vorbildlicher Weise umgesetzt werden!

Wieso wird, wenn Bildung nachhaltiger Entwicklung verstärkt „in den Blickgenommen wird“, dieser Blick nicht ausgeweitet auf Umweltforschung?

Wieso wird, wenn es sich beim Biosphärenreservat um das größte zusammenhängende Waldgebiet Westeuropas handelt, die Wertschöpfung durch Holz nicht in Erwägung gezogen?

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Wieder,

sehr geehrte Damen und Herren,

das vorliegende Positionspapier ist an vielen Stellen zu unkonkret, nicht ausgereift und geht die Grundsatzproblematik nicht offensiv genug an.

Insofern ist das Papier nicht geeignet, die anhaltende Nichterfüllung der Landesverordnung zum Naturpark Pfälzerwald, insbesondere den darin zum Ausdruck gebrachten universellen Schutzauftrag, zu beseitigen. Es sollte als Entwurf betrachtet und weiter bearbeitet werden.

Ich kann deshalb der jetzt vorliegenden Ausarbeitung keine Zustimmung erteilen.

**Brigitte Freihold, DIE LINKE Im Bezirkstag**